In der Anordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 22. Dezember 1919 (Sächsische Staatszeitung Nr. 294) wird der letzte Absatz des § 1 durch folgende Bestimmung ersetzt:

Die Entlassungspflicht nach Ziffer c und d hat keine Anwendung zu finden gegenüber Arbeitnehmern, die innerhalb eines der nachstehend bezeichneten Wirtschaftsgebiete verzogen sind oder deren Wohn- und Beschäftigungsort in einem solchen Wirtschaftsgebiete liegen. Als Wirtschaftsgebiete im Sinne dieser Anordnung gelten:

A. Wirtschaftsgebiet Chemnitz mit allen in den Bezirken der Amtshauptmannschaften Chemnitz, Flöha und Stollberg gelegenen Stadt- und Landgemeinden, sowie den Orten Bernsdorf, Gersdorf, Hermsdorf, Hohenstein-Ernstthal, Kuhschnappel, Oberlungwitz, Rüsdorf, St. Egidien und Tirschheim im Bezirke der Amtshauptmannschaft Glauchau und den Orten Berthelsdorf, Burgstädt, Markersdorf, Claußnitz, Cossen, Diethensdorf, Eppersdorf, Göritzhain, Hartmannsdorf, Heinersdorf, Helbsdorf, Hohenkirchen, Köthensdorf, Krumbach, Langenau, Markersdorf, Mohsdorf, Mühlau, Ottendorf, Röllingshain, Stein, Taura und Wiederau im Bezirke der Amtshauptmannschaft Rochlitz.

B. Betrifft Wirtschaftsgebiet Annaberg.

C. Wirtschaftsgebiet Glauchau mit allen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Glauchau gelegenen Stadt- und Landgemeinden, außer Stadt Hohenstein-Ernstthal und den unter A (Wirtschaftsgebiet Chemnitz) genannten Landgemeinden.

D. Betrifft Wirtschaftsgebiet Marienberg.

E. Betrifft Wirtschaftsgebiet Olbernhau.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Chemnitz, am 28. Dezember 1920.

Der Demobilmachungskommissar.

Lossow, Kreishauptmann.

Bekanntmachung

über

1. Erneuerung der Weiterveräußerungsbescheinigungen und Bezugsbescheinigungen für Luxusgegenstände,
2. erneute Bestandaufnahme der luxussteuerpflichtigen Gegenstände.

Die Weiterveräußerungsbescheinigungen, die gemäß § 22 des Umsatzsteuergesetzes bei Lieferung der im Kleinhandel luxussteuerpflichtigen Gegenstände Befreiung von dem erhöhten Steuersatze ermöglichen, verlieren am 31. Dezember 1920 ihre Gültigkeit. Den Steuerpflichtigen wird deshalb dringend empfohlen, die Erneuerung der Bescheinigung bei dem für sie zuständigen Umsatzsteueramt umgehend zu beantragen, damit die Ausstellung der neuen Bescheinigung noch rechtzeitig bis zum 1. Januar 1921 erfolgen kann.

Dasselbe gilt für die Bescheinigungen in dem bisher zugelassenen Bezugsscheinverfahren für Personenkraftfahrzeuge, Rauchwaren, Halberzeugnisse für die Phonographenindustrie, Bestandteile und Zubehörstücke für photographische Apparate, Büchsen und Dosen für Riech- und Schönheitsmittel.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß nach § 99 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen die Aufnahme des Lagerbestandes der luxussteuerpflichtigen Gegenstände zu Beginn eines jeden Kalenderjahres zu wiederholen ist.

Der am 31. Dezember 1920 fällig gewesene Termin **Landeskulturrenten** ist zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung **bis spätestens 10. Januar d. J.** zu bezahlen.

Hohenstein-Ernstthal, den 3. Januar 1921. **Der Stadtrat.**

Anmeldung in der Neustädter Schule.

Die Anmeldung der Ostern 1921 schulpflichtig werdenden Kinder hat **Montag, den 10. Januar,** zu erfolgen,

und zwar von 2—3 Uhr: Knaben,
„ 3—4 „ : Mädchen.

Vorzulegen ist für alle Kinder der Impfschein, für die auswärts geborenen außerdem die Geburtsurkunde bezw. Taufbescheinigung.

Hohenstein-Ernstthal, den 3. Januar 1921. **Schuldirektor Patzig.**

erwogen worden sei, am Dienstag früh verschiedene Bahnhöfe zu besetzen, u. a. den Hauptbahnhof in Leipzig, um dadurch den Verkehr stillzulegen.

Man kann einen solchen Versuch im Interesse der Verhandlungen nur schärfstens verurteilen. Soweit wir die Stimmung unter den maßgebenden Kreisen der Eisenbahner kennen, ist es ja nicht ausgeschlossen, daß, wenn sich die Berliner Verhandlungen lange hinziehen, mit einem Streikultimatum zu rechnen sein wird. Aber gerade diese maßgebenden Kreise der gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner stehen dem unheilvollen Versuch der Kommunisten, noch während der Dauer der Verhandlungen einen Streik zu erzwingen, vollständig ablehnend gegenüber glauben vielmehr, daß sich etwa bis zum 10. Januar eine befriedigende Lösung finden lassen wird, eine Lösung, die auch im Interesse unseres Wirtschaftslebens dringend zu erhoffen ist.

Umwandlung der Getreidezwangswirtschaft?

Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürfte sich der Reichstag in kurzer mit einem Gesetzentwurf betreffend die teilweise Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft zu beschäftigen haben. Die durchaus ungenügende Ablieferung des Brotgetreides durch die Landwirte und die geringen Bestände an Getreide und Mehl, die etwa bis Ende März des neuen Jahres reichen, haben die zuständigen Behörden und wirtschaftlichen Körperschaften gezwungen, zu einer Abänderung der Zwangswirtschaft Stellung zu nehmen. Wie wir hören, ist in Aussicht genommen, für die neue Ernte einen Teil des Ertrages zur Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Der verbleibende Rest soll durch die landwirtschaftlichen Verbände und Genossenschaften dem freien Handel zugeführt werden. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Reichswirtschaftsrat im engeren Ausschuß mit dieser Neuordnung der Getreidewirtschaft sehr eingehend befaßt, und auch die Reichsgetreidestelle soll der geplanten Neuordnung nicht abgeneigt sein.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

In einer Sitzung vom 21. d. M. hatte das Reichskabinett beschlossen, wenn möglich noch im Monat Januar dem Reichstag einen Entwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen. Der Reichswirtschaftsminister war beauftragt worden, den Sozialisierungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates um Beschleunigung seiner Arbeiten zu bitten, damit die Ergebnisse der Beratungen noch für die Aufstellung des Entwurfes benutzt werden könnten. In Ausführung dieses Auftrages hat der Reichswirtschaftsminister an den Vorsitzenden des Sozialisierungsausschusses ein Schreiben gerichtet in welchem er von der Absicht des Kabinetts Mitteilung macht und ihn ersucht, auf Beschleunigung der Arbeiten des Verständigungsausschusses zu wirken.

Besprechungen mit den Ruhrbergleuten.

In der Reichskanzlei fand gestern mit Vertretern der Ruhrbergleute, die aus Anlaß anderer Sitzungen, u. a. des Reichskohlenrates, in Berlin anwesend waren, eine Besprechung über die Verwendung der 5 Millionen Goldmark aus dem Abkommen von Spa für die Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter statt. Dabei sind auch andere Fragen besprochen worden. Den Vertretern der Bergarbeiter wurden von seiten der Regierung in vertraulicher Aussprache eingehende Mitteilungen über die politische Lage gemacht. Hierbei wurden, wie wir entgegen einer anderweitigen Angabe in der Presse feststellen können, weder Forderungen gestellt, noch Zusagen gegeben. Die rückhaltlose Aussprache hat zu einem guten Einvernehmen und zu gegenseitiger Aufklärung wesentlich beigetragen. Dagegen wurde vereinbart, die Frage der Goldmark mit den zuständigen Ressorts am Mittwoch nächster Woche an der Hand konkreter Unterlagen eingehend zu erörtern.

Die Frist der Rheinlandbesetzung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, wiederum sei in der französischen Kammer versucht worden, die zeitliche Begrenzung des Besetzungsrechts anzuzweifeln. Bei der Beantwortung der Rheinlands-Interpellation in der Reichstagssitzung vom 6. November äußerte Reichsminister Koch sich zu einem ähnlichen Versuch, Millerand habe geäußert, die Frist für den Ablauf der Besetzung beginne erst zu laufen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Koch betonte, eine solche Auffassung würde einer ernsten juristischen Prüfung nicht standhalten. Die Fristen für die Besetzung des besetzten Gebietes laufen ganz von selbst von demjenigen Tage an, wo der Friedensvertrag ratifiziert würde.

Millionenschwindel und Goldschiebungen.

Ein Riesenschwindel, der bei der „Kumba" in Berlin verübt wurde ist von der Kriminalpolizei des Emmerticher Zoll-Grenzkommissariats aufgedeckt worden. Es wurde festgestellt, daß die Militärverwaltung durch fingierte Aufträge um Millionen geschädigt worden ist.

Die Berliner Kriminalpolizei ist einer großen Schiebung auf die Spur gekommen wobei es sich um Goldmengen von über zwei Millionen, die ins Ausland verschoben werden sollten, handelt. Vorläufig hat man einen Ungarn namens Spielmann festgenommen.

Ueberall Arbeitslosigkeit.

Wie bei uns, so herrscht auch in England und den Vereinigten Staaten Mangel an Arbeitsgelegenheit. In Verbindung damit finden in beiden Ländern Herabsetzungen der Löhne statt. So ist in Swansea zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Eisenblechbranche ein Abkommen getroffen worden, durch welches die Löhne um 50 Prozent herabgesetzt werden. Von der Lohnherabsetzung werden 27 000 Arbeiter betroffen. Von ähnlichen Vorgängen wird aus Amerika berichtet.

Ruhiger Verlauf der Neujahrsnacht in Berlin.

Die Silvesternacht ist in der Reichshauptstadt, abgesehen von dem üblichen Lärm, ohne besondere Zwischenfälle verlaufen, ebenso der Neujahrstag und der darauffolgende Sonntag. Ausschreitungen sind ja bei derartigen Anlässen nicht ganz zu vermeiden. So mußte in einem Lokal in der Landsbergerstraße Polizei eingreifen, weil bei einer Silvesterfeier durch eingedrungene ungebetene Gäste eine Schießerei veranstaltet worden war. Die Haupttäter, zwei 19jährige Bengels, wurden festgenommen. Ebenso mußte Polizei einschreiten in einem Kaffeehaus am Potsdamer Platz, wo in der Silvesternacht angetrunkene französische Soldaten Gäste belästigten. Als einer von den Soldaten einen Revolverschuß abfeuerte, wurde die Gesellschaft durch die Polizei hinausbefördert, leider ohne daß die Personalien des Schützen festgestellt wurden.

Oberschlesiens Entscheidungsjahr.

In den Neujahrsausgaben der deutschen Zeitungen Oberschlesiens wird ein Aufruf des deutschen Plebiszitkommissars Dr. Urbanek veröffentlicht in welchem es u. a. heißt:

Das Entscheidungsjahr ist angebrochen. Das oberschlesische Volk rüstet sich, aus den Scherben der nationalen Verwüstung, aus den Trümmern der Verleumdung und des Hasses ein neues Haus zu bauen. Polen und Deutsche werden in diesem Haus Raum haben. Die Verfassung werden wir uns nach unserem eigenen Willen gestalten. Die Warschauer Herren suchen jetzt Auffrischung ihres verjubelten Glanzes. Ihre Begehrlichkeiten und ihre Regierungskünste künden sich an in Gewaltätigkeiten, Morden, Bombenanschlägen und Aufständen. Oberschlesier! Unser Neujahrswunsch soll heißen: Auf ewig ungeteilt! Wir alle bleiben zusammen alle Kinder Oberschlesiens bleiben ein einzig Volk.

Keilerei zwischen Unabhängigen und Kommunisten.

Die Berliner unabhängige sozialdemokratische Partei veranstaltete Sonntag vormittag im Lustgarten eine Protestkundgebung gegen den weißen Schrecken in Ungarn. Als die einzelnen Gruppen mit roten und schwarzen Fahnen eintrafen, fanden sie zu ihrer großen Ueberraschung die Rednertribünen bereits von Anhängern der beiden kommunistischen Parteien besetzt die sofort mit Ansprachen begannen. Es kam dabei zu stürmischen Szenen und Tätlichkeiten. Einigen Abgeordneten gelang es zwar, sich Gehör zu verschaffen, doch gingen ihre Ausführungen in dem allgemeinen Tumult unter. Schließlich zogen die Unabhängigen nach ihren Versammlungslokalen ab. Gegen 2 Uhr nachmittags zeigte der Lustgarten wieder sehr gewöhnliches Aussehen.

Die Arbeitslosigkeit in England

„Daily Herald" berichtet: Lloyd George erklärte am Dienstag abend Pressevertretern in London gegenüber, die innerpolitische Lage sei wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit als sehr ernst zu bezeichnen. Die Regierung wird als vorläufig bedeutsamstes Abhilfsmittel die Eröffnung eines Unterstützungskredits von 3 Millionen Pfund Sterling dem Parlament vorschlagen.

Der feige d'Annunzio

Der Fiumetrödel hat seinen Abschluß gefunden. Die Stadt befindet sich in den Händen der Regierungstruppen und d'Annunzio ist im Flugzeug ausgerissen, nachdem er erklärt hatte, daß es Unsinn wäre, für Fiume zu sterben. Wenn Lächerlichkeit heute noch tötete, dann wäre das feige Großmaul längst hinüber.

Herabsetzung der englischen und amerikanischen Kohlenpreise.

Wie die Baseler Nationalzeitung von informierter Seite erfährt, wird der Preis für englische Briketts in wenigen Tagen auf 140 Francs pro Tonne und derjenigen für amerikanische Kohle auf 110 Francs pro Tonne herabgesetzt. In absehbarer Zeit wird eine weitere erhebliche Preissenkung erfolgen.

Die Produktionskrisis in Amerika.

Die „Chicago Tribune" berichtet aus Detroit: Die bekannten Ford Automobilwerke sind wegen Mangels an Bestellungen bis zum 1. Februar geschlossen worden. Die Edison-Phonographenwerke in East Orange haben den Betrieb für unbestimmte Zeit eingestellt. In Fall River haben sechs verschiedene Arbeitervereinigungen der Textilindustrie mit 35 000 Mitgliedern einer Lohnherabsetzung um 22½ Prozent zugestimmt, um die Fortführung der Betriebe zu ermöglichen.

Die amerikanischen Farmer als Versorger Mitteleuropas

Auf der Jahresversammlung des amerikanischen Farmerverbandes erklärte der Kongreßvertreter des Verbandes, Silver, daß dem Repräsentantenhause mehrere Vorschläge zur Beratung zugingen, die von den Kommissionen studiert werden wie man Mitteleuropa Kredite erteilen kann, wofür Getreidelieferungsverträge abgeschlossen werden sollen. Silver sagte, daß einer dieser Pläne in Kürze angenommen werde. Die Farmerprodukte würden dadurch sicher wenigstens so weit im Preise steigen, daß der normale Handel zufriedengestellt werde. Es wäre natürlich nicht möglich, die Milliarden Dollars, die die Farmer bei dem Preissturz verloren haben, hereinzubringen. Das Genossenschaftssystem wird bei den neuen Verträgen mitwirken, so daß die Farmer es in der Hand haben, künftig ihre Produkte dahin zu liefern, wo sie befriedigende Preise erzielen. Die Verträge sollen für eine Reihe von Jahren abgeschlossen werden.

Englisch-amerikanisch-japanisches Wettrüsten.

Die englische Admiralität hat anscheinend die Absicht, bis 1924 zehn Großkampfschiffe fertigzustellen, oder eine Anzahl, die England bis zu diesem Jahre in dieser Schiffsklasse eine numerische Gleichheit mit den Vereinigten Staaten garantieren würde. Die englische Presse tritt eindringlich für eine Verständigung ein, damit eine neue Flottenrivalität unmöglich gemacht werde. Die „Morning Post" sagt: England kann es sich nicht leisten, die größte Flotte der Welt zu bauen. Die Vereinigten Staaten können es. Die japanischen Voranschläge verlangen für die Armee 39,5 Millionen Pfund Sterling, 7,5 Millionen mehr als im Vorjahre, und für die Flotte 74,7 Millionen, 18,75 Millionen mehr. Die „Westminster Gazette" klagt: Wenn Amerika und Japan auf den eingeschlagenen Wegen fortführen, drohe der ganzen Welt der Ruin. Wenn die Zivilisation gerettet werden solle, müsse das Weltrüsten aufhören.

Sächsische politische Mitteilungen.

Erkrankung des sächsischen Wirtschaftsministers.

Wie unser Dresdner Mitarbeiter erfährt, ist Wirtschaftsminister Schwarz, der in der nächsten Woche nach Holland und Belgien reisen sollte, um Aufträge für die sächsische Industrie zu erlangen nicht unbedenklich erkrankt. Seine Lunge ist angegriffen. Er muß nach ärztlichem Gutachten eine Kur von vier bis sechs Monaten in einem Erholungsheim durchmachen. Er wird aber noch die dringendsten Geschäfte aufarbeiten. Seine lange Abwesenheit vom Amt wird natürlich eine Stellvertretung, wenn nicht einen zeitweiligen Rücktritt vom Amt notwendig machen, doch sind, wie wir erfahren, hierüber noch keinerlei Bestimmungen getroffen.

Die Urabstimmung der Eisenbahner.

Bekanntlich haben auch die Eisenbahner im Bereich der ehemaligen sächsischen Staatseisenbahnen, ebenso wie die Eisenbahner im übrigen Deutschen Reiche eine Urabstimmung über den Streik veranstaltet, die am Freitag abend abgeschlossen war. Bei den Gewerkschaftsstellen liegen zwar sämtliche Ergebnisse noch nicht vor, soweit aber die Ergebnisse aus den anderen Bezirken erkennen lassen, ist überall die Zweidrittelmehrheit für den Streik erzielt worden.

Abordnung des Vogtlandes beim Arbeitsminister.

Am 28. Dezember wurden Oberbürgermeister Lehmann-Plauen und Amtshauptmann Dr. Schelcher-Auerbach mit einer Abordnung aus Kreisen der Notleidenden des Vogtlandes beim Arbeitsminister Jäckel vorstellig. Der Abordnung gehörten Vertreter des Stadtrates, der Stadtverordneten, des Bezirksausschusses und der Erwerbslosen an, sowie die Reichs- und Landtagsabgeordneten des Vogtlandes. Im Beisein des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers wurde in fast fünfstündigen Verhandlungen die Not der Stickereigebiete des Vogtlandes behandelt und eine besondere Notstandsaktion für das Vogtland gefordert.

Die besondere Notlage des vogtländischen Stickereigebietes wurde allseitig anerkannt und den Abordnungen zugesichert, ihre Wünsche der nächsten Gesamtministerialsitzung vorzulegen. Auch wurde beschlossen, daß das Arbeitsministerium mit Vertretern der beteiligten Bezirke unmittelbar nach Neujahr beim Reichsarbeitsminister und beim Reichsfinanzminister vorstellig werden wird.

Erhöhung des Preises für sächsische Kohle.

Die für die sächsischen Steinkohlenreviere beantragte Preiserhöhung von 13 Mark pro Tonne ist gestern in einer Sitzung des Reichskohlenrats unter Zustimmung der Regierung beschlossen worden. In derselben Sitzung wurden noch Preiserhöhungen für die Braunkohlenreviere von Frankfurt a. Oder, Görlitz, Kassel usw. bewilligt. Interessant ist dabei eine Erklärung, die Staatssekretär Hirsch im Auftrage der Regierung abgab. Er sagte, daß die Stellungnahme der Regierung gegenüber den Forderungen auf Kohlenpreiserhöhungen im Grundsatz unverändert sei. Es werde nicht verkannt, daß die Gesamtrentabilität des Bergbaues nicht günstig sei. Doch lasse die allgemeine Wirtschaftslage eine allgemeine Kohlenpreiserhöhung nicht als erträglich erscheinen. Eine Aenderung der Preispolitik sei aber auch deshalb nicht zweckmäßig, weil die gesamte Weltmarktlage durch Absatzstockungen beeinträchtigt sei.

Die neue Bewegung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Bekanntlich sind im mitteldeutschen Braunkohlenrevier neuerdings Schwierigkeiten entstanden, die offenbar darauf hinausgehen, im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenrevier einen neuen Streik der Bergarbeiter zu entfesseln. Wenn es zu einem Streik kommen sollte, wird auch Sachsen davon empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. Die sächsischen Braunkohlengebiete werden ebenfalls dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier zugezählt, weshalb auch der mitteldeutsche Braunkohlentarif für sämtliche sächsi-